



Volker Kauder MdB
Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin

fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
am 23. November 2015
18. WP/45

I. Die politische Lage in Deutschland

Zehn Jahre Kanzlerschaft Angela Merkel.

Wir gratulieren unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu zehn Jahren Kanzlerschaft. Am 22. November 2005 wurde Angela Merkel zum ersten Mal zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt, zwei erfolgreiche Wiederwahlen 2009 und 2013 folgten. Dank des Wahlergebnisses von 41,5 Prozent bei der letzten Bundestagswahl für CDU und CSU bilden wir mit unseren mittlerweile 310 Abgeordneten die zweitgrößte Fraktion in der Geschichte von CDU und CSU. Mit Angela Merkel als Regierungschefin geht es Deutschland gut. Aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ist unser Land gestärkt herausgekommen. Die europäische Staatsschuldenkrise hat uns viel abverlangt, aber es ist durch das beharrliche Eintreten der Bundeskanzlerin für unser Prinzip „Solidarität nur gegen Solidität“ gelungen, mehr Stabilität in der Eurozone durchzusetzen.

Deutschland steht erfolgreich da. Noch nie waren so viele Menschen in unserem Land beschäftigt, die Arbeitslosenzahl ist auf einem Tiefststand, die Wirtschaft ist robust, die Investitionen in Bildung und Forschung steigen stetig, der Haushalt ist zum dritten Mal in Folge ausgeglichen. Auch auf internationalem Parkett ist Angela Merkel geachtet und respektiert, in Deutschland setzen die Menschen großes Vertrauen in die Kanzlerin. In der aktuellen Flüchtlingsfrage gibt es unterschiedliche Auffassungen in der Öffentlichkeit, die sich

in unserer Fraktion widerspiegeln. Angela Merkel hat seit Langem eine klare Vorstellung, wie auf die Flüchtlingsbewegung zu reagieren ist, ohne dass es Deutschland langfristig schadet. Die notwendigen Maßnahmen – national, europäisch und international – verfolgt sie konsequent, um die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge zu reduzieren.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wünscht Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihre Arbeit weiterhin alles Gute, viel Kraft und Gottes Segen.

Bundshaushalt 2016 – starke parlamentarische Leistung.

Der Regierungsentwurf des Bundshaushalts 2016 stammt noch vom Juli und bildete die seitdem stark angestiegenen Flüchtlingszahlen noch nicht ab. Umso höher ist es einzuschätzen, dass wir in den parlamentarischen Beratungen unsere Ziele unverändert umsetzen konnten und einen grundsoliden Etat beschließen werden. Unsere Haushälter verdienen besonderen Dank.

Wir werden sämtliche Versprechen einhalten: Die schwarze Null steht im dritten Jahr in Folge, es gibt keine Steuererhöhungen und wir setzen sogar Steuererleichterungen um. Dass wir auf die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung angemessen und ohne Neuverschuldung reagieren können, verdanken wir den umsichtigen Planungen unseres Finanzministers Dr. Wolfgang Schäuble und dem haushaltspolitischen Spielraum, den wir uns über Legislaturperioden hinweg durch disziplinierte Konsolidierung und zukunftsorientierte Umschichtung erarbeitet haben.

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise haben wir in den parlamentarischen Beratungen den Etat unseres Innenministers Dr. Thomas de Maizière gegenüber dem Regierungsentwurf kräftig um gut 1 Mrd. Euro aufgestockt. Diese erheblichen Zusatzmittel kommen vor allem dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der Bundespolizei und auch dem Technischen Hilfswerk zugute. Wir helfen den Kommunen, wir investieren in die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive und wir wollen die Asylverfahren beschleunigen. Zudem verstärken wir die Bundespolizei mit 3.000 neuen Stellen bis 2018, um etwa die Belastungen durch die Grenzkontrollen abzufangen. Insgesamt sehen wir umfangreiche Mehrausgaben von gut 7,8 Mrd. Euro für die Flüchtlings- und Asylpolitik vor.

Für 2016 haben wir eine beispielhafte Rücklage gebildet, die sich aus einem Überschuss von 6,1 Mrd. Euro in diesem Jahr speist. Dieses Polster erleichtert es uns, weiterhin auch die Wachstumskräfte zu stärken. Wie im Regierungsentwurf geplant, fließen die ersten Mittel des 10 Mrd. Euro-Investitionspakets. Ebenso werden steuerlicher Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag, Kindergeld

sowie Kinderzuschlag angehoben, und auch die sogenannte kalte Progression wird abgebaut.

Die Zukunftsorientierung des Bundeshaushalts 2016 zeigt sich einmal mehr im Etat unserer Bildungs- und Forschungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, der gegenüber 2015 um rd. 1,13 Mrd. Euro anwächst und sich auf insgesamt 16,4 Mrd. Euro bemisst. Hier schärfen wir unser Profil, indem wir zusätzliche 14 Mio. Euro für Verbesserungen beim Meister-BAföG bereitstellen.

Auch im Haushalt unseres Verkehrsministers Alexander Dobrindt schaffen wir weitere Grundlagen der Zukunftsfähigkeit. Unter anderem stellen wir aufgrund unserer Beratungen erstmalig für automatisiertes und vernetztes Fahren gut 41 Mio. Euro für die kommenden vier Jahre zur Verfügung.

Im neuen Haushaltsjahr werden wir alles daran setzen, dass aus den Soll-Werten auch Ist-Werte werden. Das wird eine große Herausforderung. Zuletzt hat beispielsweise der Bundesrechnungshof festgestellt, dass inzwischen „... die Handlungsspielräume im Bundeshaushalt für zusätzliche finanzielle Zugeständnisse an die anderen Gebietskörperschaften weitgehend ausgereizt sind“. Wir werden alles daran setzen, dass die solide Finanz- und Haushaltspolitik ein Grundpfeiler unserer Politik bleibt.

Dem Terror die Stirn zeigen.

Zehn Monate nach den Anschlägen auf *Charlie Hebdo* und den jüdischen Supermarkt hat der Terror erneut Paris ergriffen. Gezielt wurde auf Menschen geschossen, die unbekümmert im Konzert, in Cafés oder Restaurants die Woche ausklingen lassen wollten. Sie verloren ihr Leben – das Leben zahlreicher Verletzter wird nie mehr so sein wie vorher. Ziel der Angriffe waren aber nicht nur die Menschen vor Ort, sondern sie waren gerichtet gegen unsere Freiheit, unsere Werte, unseren Lebensstil, gegen unsere westliche Gesellschaft.

Unsere Gedanken sind in diesen Tagen bei den Familien der Getöteten und den Verletzten, auch bei jenen, die in der letzten Woche in der Hauptstadt Mali Angehörige verloren haben und auch bei jenen Familien in Russland, die um die Opfer des durch einen Terroranschlag herbeigeführten Absturzes eines russischen Flugzeugs über dem Sinai trauern. Auch Beirut und Ankara erlebten todbringende Anschläge innerhalb weniger Tage. Der dschihadistische Terror ist in zahlreichen Ländern präsent. Seit den Anschlägen in Madrid und London wissen wir: Er richtet sich auch gezielt gegen Europa. Wir werden mit Taten unsere französischen Freunde unterstützen und auch in dieser schweren Stunde eng zu ihnen stehen.

Unser Zorn über die barbarischen Mörder ist groß, aber wir werden dem Terror die Stirn bieten. Dabei steht, wie die Absage des Länderspiels in Hannover zeigt, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle. Die Koalition hat in den vergangenen Monaten wichtige Maßnahmen zur Terrorabwehr beschlossen, um etwa die Ausreise potentieller IS-Kämpfer zu verhindern oder um die Terrorismusfinanzierung besser bestrafen zu können. Nicht zuletzt zielen die Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten auf die Aufdeckung terroristischer Netzwerke. Wir dürfen und werden nicht nachlassen, unsere innerstaatlichen Instrumente zur Bekämpfung terroristischer Kräfte zu überprüfen und anzupassen.

Die Sicherheit unseres Landes ist bei der Union in guten Händen. Wir unterstützen nachdrücklich unsere Sicherheitsbehörden. Dagegen erweist sich das anhaltende Misstrauen der Opposition ihnen gegenüber gerade in diesen Tagen als ideologiebehaftet und realitätsfremd. Wir brauchen unsere Nachrichtendienste mehr denn je. Gut und richtig ist es, dass wir in dieser Woche beschließen, unsere aktuell besonders geforderten Sicherheitsbehörden, Bundespolizei, Bundeskriminalamt und die Dienste, finanziell deutlich besser auszustatten. Auch die Länder stehen in der Verantwortung, für eine der Sicherheitslage entsprechende Ausstattung ihrer Polizei und Verfassungsschutzämter zu sorgen.

Paris zeigt: Die Koordination und der Austausch der europäischen Sicherheitsbehörden ist überlebensnotwendig. Die Terroristen machen nicht an Landesgrenzen halt. Europa muss in Sicherheitsfragen enger zusammenrücken. Zusammen mit Frankreich zeigen wir in der EU den einzig richtigen Weg auf: strengere Kontrollen an den Schengen-Außengrenzen, zügige Einigung über die Speicherung von EU-Fluggastdaten, schärferes Vorgehen gegen Waffenschmuggel und einen besseren Austausch über Terrorverdächtige.

Wir müssen unser Augenmerk schließlich besonders auf diejenigen richten, die mitten unter uns beharrlich unsere Gesellschaftsordnung ablehnen, Intoleranz stärken und dafür werben, dass religiöse Regeln über den staatlichen stehen. Es bildet sich dort ein Gedankengut, das Nährboden für die Rekrutierung radikaler gewaltbereiter Islamisten ist. Hier gilt es, alle Mittel des Rechtsstaates einzusetzen und mit langem Atem in Gesellschaft, Schulen, Moscheen und auch Gefängnissen Radikalisierungen vorzubeugen.

II. Die Woche im Parlament

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016). Wir beginnen die Plenardebatte, wie in Haushaltswochen üblich, bereits am Dienstag. Nachdem wir den Finanzplan des Bundes für die Jahre 2015 bis 2019 und die Etats für das Bundespräsidialamt, den Deutschen Bundestag und den Bundesrat in zweiter Lesung festgelegt haben, beginnen wir mit der Aussprache zu den übrigen Einzelplänen.

Insgesamt plant der Bund Ausgaben von 316,9 Mrd. Euro, die ohne neue Kredite finanziert werden sollen. Die Investitionen werden um gut 1 Mrd. Euro auf rund 31,5 Mrd. Euro erhöht, die Investitionsquote liegt damit bei rund 10 Prozent.

Gegenüber dem Regierungsentwurf sind Ausgabensteigerungen von insgesamt 4,9 Mrd. Euro vorgesehen, die vorrangig auf das BMAS (2,6 Mrd. Euro), BMI (1 Mrd. Euro), BMUB (470 Mio. Euro) und AA (410 Mio. Euro) entfallen. Folgendermaßen lassen sich die parlamentarischen Beratungen zu den einzelnen Ressorts zusammenfassen:

- **Bundesministerium der Finanzen.** Nach Abschluss der Bereinigungssitzung bemisst die Koalition den Etat von Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble auf 5,885 Mrd. Euro. Das sind 135 Mio. Euro mehr als im Regierungsentwurf. Es wird ein neuer Titel „Erstattungen an die Länder und sonstige Stellen für die Beseitigung ehemals alliierter Kampfmittel auf nicht bundeseigenen Liegenschaften“ ausgebracht.
- **Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.** Die Ausgaben belaufen sich auf 4,544 Mrd. Euro und erhöhen sich damit um 474,169 Mio. Euro gegenüber dem Regierungsansatz. Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau werden aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen nahezu verdoppelt und steigen um 500 Mio. Euro auf 1,018 Mrd. Euro.
- **Inneres.** Der Haushalt von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière erhält einen Aufwuchs von 1 Mrd. Euro gegenüber dem Regierungsentwurf. Insgesamt umfasst er 7,8 Mrd. Euro gegenüber knapp 6,3 Mrd. Euro in 2015. Im Mittelpunkt steht eine verbesserte Personal- und Sachausstattung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), bei den Sicherheitsbehörden und dem Technischen Hilfswerk. Die Mittel für Integrationsmaßnahmen werden gegenüber 2015 um 326 Mio. Euro erhöht. Ehemalige deutsche zivile Zwangsarbeiter erhalten eine symbolische finanzielle Anerkennung,

es erfolgt eine Neuauflage des Fonds zur Unterstützung der DDR-Dopingopfer.

- **Justiz und Verbraucherschutz.** Der Ansatz im Regierungsentwurf wird vom Deutschen Bundestag um gut 9 auf 745,5 Mio. Euro erhöht. Einvernehmlich wird der „Zuschuss zur Erhöhung des Stiftungskapitals der Stiftung Warentest“ um 10 Mio. Euro erhöht und eine Verpflichtungsermächtigung für die Folgejahre ausgebracht.
- **Bildung und Forschung.** Die zusätzlich zum Regierungsentwurf gebilligten 14 Mio. Euro ermöglichen Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka Gesamtausgaben von 16,4 Mrd. Euro nach 15,3 Mrd. Euro im Vorjahr. Wir haben für Verbesserungen beim Meister-BAföG sowie die Stärkung der „Innovationsförderung in den neuen Ländern“ und des Bologna-Prozesses gesorgt. Der abermalige Anstieg des Etats spiegelt seine zentrale Bedeutung für die Unionspolitik wider.
- **Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt.** Am Mittwoch beginnt der Plenartag mit der Generalaussprache zum Etat des Kanzleramtes. Der Einzelplan enthält auch die Mittel für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sowie für die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Er wird auf 2,413 Mrd. Euro angehoben. Die Ausgaben für Kultur werden um rund 120 Mio. Euro erhöht, beispielsweise für das Denkmalschutzprogramm für nationale bedeutsame Kulturdenkmäler, die Deutsche Welle, Filmförderung und für kulturelle Investitionen in der gesamten Republik.
- **Auswärtiges Amt.** Der Ansatz dieses Etats erhöht sich um 410 Mio. Euro auf rund 4,810 Mrd. Euro. Aufgrund der weltweiten Krisenherde und den daraus resultierenden Flüchtlingsbewegungen ergeben sich neue Schwerpunktsetzungen. Angesichts der notwendigen umfangreichen humanitären Hilfsmaßnahmen ist ein Aufwuchs für die Krisenprävention erforderlich, der stärker ausfällt als bisher geplant.
- **Verteidigung.** Im Etatansatz von Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen hatte die Bundesregierung Ausgaben von rund 34,366 Mrd. Euro veranschlagt. Nach Abschluss der Bereinigungssitzung beziffert sich der Ausgabenansatz auf 34,287 Mrd. Euro und liegt 78,438 Mio. Euro unter dem Regierungsansatz, jedoch 1,313 Mrd. Euro über dem Vorjahr.

- **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.** Der Regierungsentwurf sieht für das Haus von Bundesminister Dr. Gerd Müller Gesamtausgaben von 7,423 Mrd. Euro vor nach 6,543 Mrd. Euro im Vorjahr. Angesichts der aktuellen Krisen werden 370 Mio. Euro zugunsten der Krisenbewältigung und des Wiederaufbaus sowie für die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Entwicklungsländern haushaltsneutral umgeschichtet. Der Haushaltstitel „Krisenbewältigung“ erhält eine Erhöhung um 180 Mio. Euro auf 400 Mio. Euro. Die Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen“ erhält einen Ausgabenzuwachs um 190 Mio. Euro auf 300 Mio. Euro. Insgesamt erhöht sich der BMZ-Haushalt in 2016 um 863 Mio. Euro gegenüber 2015.
- **Wirtschaft und Energie.** Am Donnerstag beginnen wir mit den Beratungen über den Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Der Regierungsentwurf sieht 7,527 Mrd. Euro gegenüber 7,394 Mrd. Euro im Vorjahr vor. Infolge der parlamentarischen Beratungen erhöht sich dieser Ansatz auf 7,621 Mrd. Euro. Zur Stärkung des Mittelstandes werden die Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) um 5 Mio. Euro, die Industrieforschung für Unternehmen um rd. 2 Mio. Euro und der Titel „Mittelstand Digital“ um 11 Mio. Euro erhöht. In Umsetzung des Kabinettsbeschlusses zum Wagniskapital wird im Bereich „Innovative Unternehmensgründungen“ das INVEST-Programm um 10 Mio. Euro ausgeweitet.
- **Gesundheit.** Der Regierungsansatz für den Einzelplan von Bundesminister Hermann Gröhe lag um 2,5 Mrd. Euro über dem Vorjahresansatz. In der Bereinigungssitzung wurde der Ausgabenansatz um 1,264 Mio. Euro gegenüber dem Regierungsansatz abgesenkt und auf insgesamt 14,572 Mrd. Euro veranschlagt.
- **Arbeit und Soziales.** Der bei weitem größte Einzelhaushalt erhöht sich auf 129,888 Mrd. Euro. Auf die parlamentarischen Beratungen gehen zusätzliche 2,6 Mrd. Euro zurück, wovon 1,9 Mrd. Euro auf die angestiegenen Flüchtlingszahlen entfallen. Maßgeblich sind ein Anstieg des Arbeitslosengelds II um 1,3 Mrd. Euro, um 325 Mio. Euro erhöhte Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, die zusätzliche Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft von 400 Mio. Euro und um 250 Mio. Euro erhöhte Leistungen zur Eingliederung in Arbeit. Die Bildungsmaßnahmen wachsen um 179 Mio. Euro für die berufsbezogene Deutsch-Sprachförderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

- **Familie, Senioren, Frauen und Jugend.** Der Regierungsansatz sieht Gesamtausgaben in Höhe von 9,182 Mrd. Euro vor. In der Bereinigungssitzung ist der Etatansatz um 79,298 Mio. Euro auf 9,103 Mrd. Euro abgesenkt worden. Die Ausgaben beim Elterngeld werden um 205 Mio. Euro auf 6 Mrd. Euro angehoben. Für 10.000 zusätzliche Stellen beim Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug stellt die Koalition 48 Mio. Euro zusätzlich bereit. Ebenso gibt es zusätzlich 15 Mio. Euro mehr für Sprachkurse für ausländische Studenten und Hochschulabsolventen, 8 Mio. Euro für Jugendmigrationsdienste, 8 Mio. Euro für die Koordinierung der Ehrenamtlichen im Bereich Flüchtlinge und 6 Mio. Euro für die allgemeine Flüchtlingsberatung.
- **Ernährung und Landwirtschaft.** Der Haushaltsausschuss erhöhte in der Bereinigungssitzung den Ausgabenansatz der Bundesregierung um 103,634 Mio. Euro, so dass Bundesminister Christian Schmidt im kommenden Jahr 5,595 Mrd. Euro zur Verfügung hat. Ländliche Betriebe werden um 78 Mio. Euro entlastet, indem wir die Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung auf insgesamt 178 Mio. Euro erhöht haben. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) werden zusätzlich 30 Mio. Euro für den ländlichen Raum zur Verfügung gestellt. Damit setzen wir einen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag um und schaffen die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der GAK zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum.
- **Verkehr und digitale Infrastruktur.** Wir heben die Ausgaben dieses Investitionshaushalts um 167,668 Mio. Euro an, so dass Bundesminister Alexander Dobrindt 24,571 Mrd. Euro ausgeben kann. Im Verkehrsbereich werden für die Lärmsanierung an den Schienenwegen weitere 20 Mio. Euro bereitgestellt. Erstmals stehen insgesamt gut 41 Mio. Euro für den Bereich automatisiertes und vernetztes Fahren im Haushalt zur Verfügung, davon 10 Mio. Euro in 2016.

Beim Personal des Bundes ergibt sich ein Aufwuchs um rund 4.840 Stellen gegenüber dem Haushalt 2015. Dies ist angesichts der Herausforderungen bei der Anzahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden gerechtfertigt. Allein dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge werden 3.000 (zusätzlich 1.000 temporäre Kräfte) und der Bundespolizei fast 1.600 Stellen zur Verfügung gestellt. Außerdem wird ein Stellenpool mit 500 Stellen eingerichtet, mit denen Vorsorge für die Auswirkungen der demografischen Entwicklung getroffen wird.

Alles in allem ist es ein außerordentlich wichtiges Signal, dass erneut ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden verabschiedet wird. Rund 7,8 Mrd. Euro haben wir als Mehrausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingssituation veranschlagt. Ein Teil der Kosten wird aus einer Rücklage finanziert, die mit Überschüssen in Höhe von 6,1 Mrd. Euro aus dem Haushaltsjahr 2015 gefüllt werden kann. Wenn sich bis zum Abschluss des Haushalts 2015 weitere Überschüsse ergeben, fließen diese ebenfalls in die Rücklage. Sollte der Bundesbankgewinn höher als die veranschlagten 2,5 Mrd. Euro ausfallen, würde der überschießende Betrag ebenfalls in die Rücklage fließen.

Das Plenum des Deutschen Bundestags wird das Haushaltsgesetz 2016 am Freitag in dritter Lesung verabschieden.

III. Daten und Fakten

Erwerbstätigkeit auf Höchststand. Im dritten Quartal 2015 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 43,2 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Damit wurde ein neuer Höchststand bei der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung Deutschlands erreicht. Im Vergleich zum dritten Quartal 2014 wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 343.000 Personen, was einem Plus von 0,8 Prozent entspricht. Gegenüber dem zweiten Quartal 2015 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 303.000 Personen oder 0,7 Prozent. Der Anstieg der Gesamterwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal entfiel weiterhin überwiegend auf die Dienstleistungsbereiche: Die größten absoluten Beschäftigungsgewinne gab es im Bereich Unternehmensdienstleister mit einem Plus von 138.000 Personen (plus 2,4 Prozent), gefolgt von Öffentlichen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit mit 134.000 Personen (plus 1,3 Prozent) sowie Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit 83.000 Personen (plus 0,8 Prozent). Im Baugewerbe (minus 0,3 Prozent) sowie in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (minus 2,6 Prozent) sank die Zahl der Erwerbstätigen dagegen.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Arbeitswelt wird digitaler. Die Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert künftig verstärkte IT-Qualifikationen. Während der Anteil der Erwerbstätigen ohne Computernutzung im Jahr 1999 noch bei 48,3 Prozent lag, sank dieser kontinuierlich bis auf 19,1 Prozent im Jahr 2012. Im Rahmen der Industrie 4.0 und der damit verbundenen Veränderung der Produktionsprozesse steigt insbesondere die Nachfrage nach informationstechnischen Kernberufen (wie etwa Datenverarbeitungsfachleuten und Softwareentwicklern). Einer Projektion des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge wird diese bis 2030 jährlich bis zu 3,2 Prozent über dem Bedarf liegen, der ohne eine digitalisierte Produktion zu

erwarten wäre. 37 Prozent der neuen Arbeitsplätze entstehen dabei im verarbeitenden Gewerbe. Der allgemeine Bedarf an IT-Fachkräften wird laut BIBB insbesondere durch einen starken Zustrom an Erwerbstätigen aus artverwandten Berufsfeldern (wie etwa Ingenieuren oder Technikern) gedeckt.

(Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung)

Zahl der Terrorismusopfer sprunghaft gestiegen. Im Jahr 2014 stieg die Zahl der Anschlagstoten um 80 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das ist das Ergebnis des aktuellen „Terrorismusindex“ des in London ansässigen Instituts für Wirtschaft und Frieden. Kamen im Jahr 2013 noch 18.111 Menschen bei Anschlägen ums Leben, so waren es 2014 insgesamt 32.658 Menschen. Für mehr als die Hälfte der Anschlagstoten war die in Nigeria ansässige Islamisierungsgruppe Boko Haram sowie die in Syrien und dem Irak agierende Organisation „Islamischer Staat“ verantwortlich. Laut den Autoren der Studie hat es einen derartig deutlichen Anstieg noch nie gegeben. Der Terrorismus konzentriert sich weitgehend auf fünf Länder: In Afghanistan, dem Irak sowie in Nigeria, Pakistan und Syrien wurden 78 Prozent der bei Anschlägen 2014 getöteten Menschen gezählt. Der Irak war mit 9.929 Opfern am stärksten betroffen. Die wirtschaftlichen Kosten des Terrorismus beliefen sich der Studie zufolge im Jahr 2014 auf rund 53 Milliarden Dollar, so viel wie nie zuvor und zehn Mal mehr als noch im Jahr 2000.

(Quelle: Institut für Wirtschaft und Frieden)